Kurze Geschichte der brutalen Ausbeutung Venezuelas durch US-Ölkonzerne

Leo Ganiev

Dieser Artikel wurde von uns von einem von Daniel Tanuro auf Facebook weitergeleiteten Artikel von Leo Ganiev aus dem Französischen automatisiert übersetzt und auf grobe Fehler durchgesehen. Wir ersuchen um Nachsicht für die Übersetzungsqualität.

Venezuela und seine Ölreserven, die größten der Welt, sind das unmittelbare Ziel der räuberischen Operationen des US-Imperialismus. Trump hat dies in all seinen Erklärungen deutlich zum Ausdruck gebracht. Er hat geschworen, dass die militärischen Angriffe der USA nur noch intensiver werden, „bis Venezuela den Vereinigten Staaten das gesamte Öl, Land und andere Güter zurückgibt, die sie uns gestohlen haben".

Aber die sogenannte „Trump-Doktrin" („Donroe-Doktrin") und die faschistoiden und mafiösen Äußerungen des gleichnamigen Präsidenten im Weißen Haus zeigen deutlich, dass Washingtons Ziele weit über Venezuela hinausgehen. Sie laufen auf eine Kampagne hinaus, ganz Lateinamerika zu rekolonisieren und die Region vollständig den finanziellen Interessen der USA zu unterwerfen.

Diese Kampagne hat sich in Drohungen mit Bombardierungen und/oder einer Invasion Mexikos, Angriffen auf den kolumbianischen Präsidenten Gustavo Petro und der Einführung von 50-prozentigen Zöllen auf brasilianische Produkte zur Unterstützung von Jair Bolsonaro, dem faschistischen und wegen Putschismus verurteilten Ex-Präsidenten, konkretisiert. Diese Maßnahmen gehen einher mit einer offensichtlichen Einmischung Washingtons in die jüngsten Wahlen, insbesondere mit Drohungen wirtschaftlicher Vergeltungsmaßnahmen gegen die Bevölkerung Argentiniens und Honduras', sollten sie nicht für Trump-nahe Kandidaten stimmen.

Ursprung und Entwicklung der amerikanischen Intervention in Venezuela

Historisch gesehen hat Venezuela eine wichtige Rolle in der Entwicklung der imperialistischen Doktrin der USA in der westlichen Hemisphäre gespielt. Dies lässt sich zum Teil durch seine immensen Ölvorkommen erklären, die auf dem Höhepunkt der Dominanz von Standard Oil die Hälfte der Gewinne ausmachten, die amerikanische Kapitalisten in Lateinamerika erzielten.

Der amerikanische Interventionismus in Venezuela begann jedoch bereits etwas mehr als ein Jahrzehnt vor Beginn der groß angelegten Ölförderung und begann mit der sogenannten Venezolanischen Krise von 1902-1903.

Auch damals wurde eine Flotte von Kriegsschiffen vor die venezolanische Küste geschickt. Panzerschiffe bombardierten die Häfen, wobei Dutzende Menschen ums Leben kamen, und ausländische Truppen übernahmen die Kontrolle über die Zollämter.

Vor 123 Jahren wurde diese Armada von Deutschland, Großbritannien und Italien entsandt. Als Vorwand diente die Weigerung der venezolanischen Regierung unter Präsident Cirpiano Castro, ihre Schulden zu begleichen.

Castro kam 1899 an die Macht und sah sich mit einer „befreienden Revolution" konfrontiert, die vom reichsten Mann Venezuelas, Antonio Matos, angeführt und mit ausländischem Kapital unterstützt wurde, darunter die amerikanische New York and Bermudez Company, die von Deutschen geführte Great Venezuelan Railway und die Compagnie Française des Câbles Télégraphiques.

Nach einem blutigen Bürgerkrieg, der die venezolanische Wirtschaft zerstörte und die Staatskassen leerte, weigerte sich Castro, den Forderungen der britischen Imperialisten nachzugeben, die über ausstehende Kredite in beträchtlicher Höhe verfügten, den deutschen Gläubigern, die massiv in das Land investiert hatten, und ihren Juniorpartnern aus Italien, deren Bürger einen Großteil der venezolanischen Wirtschaft und des Handels beherrschten.

Die europäischen Mächte forderten die sofortige Begleichung der Schulden und Reparationen für die im Bürgerkrieg zerstörten Güter, den sie selbst ausgelöst hatten. Sie waren entschlossen, ihren Willen durch eine Seeblockade

durchzusetzen. Castro ignorierte die Ultimaten und appellierte gleichzeitig an das nationalistische Gefühl der Bevölkerung, das in Ausschreitungen und Plünderungen ausländischer Unternehmen mündete.

Der überzeugte Imperialist und US-Präsident Theodore Roosevelt hatte grundsätzlich nichts dagegen, dass die kapitalistischen Großmächte mit Waffengewalt die Reichtümer unterdrückter Länder an sich rissen. Ihm werden folgende Worte gegenüber einem deutschen Diplomaten zugeschrieben: „Wenn sich ein südamerikanisches Land gegenüber einem europäischen Land schlecht benimmt, soll dieses es zurechtweisen." Er fügte jedoch hinzu: „Die Bestrafung darf nicht in Form einer territorialen Aneignung durch eine nicht-amerikanische Macht erfolgen."

Diese Warnung bekräftigte die Monroe-Doktrin, den Grundstein der amerikanischen Außenpolitik, der erstmals von Präsident James Monroe formuliert wurde, der 1823 erklärte: „Die amerikanischen Kontinente dürfen aufgrund ihres freien und unabhängigen Status, den sie angenommen haben und aufrechterhalten, von keiner europäischen Macht mehr als Gegenstand zukünftiger Kolonialisierung betrachtet werden."

Am Ende des Jahrhunderts hatte diese antikoloniale und demokratisch inspirierte Warnung an die europäischen Herrscher bereits eine deutliche Wandlung erfahren. Sie wurde von der amerikanischen Regierung zur Rechtfertigung der Annexion von Texas als Sklavenstaat und des Raubs von mehr als der Hälfte des mexikanischen Territoriums im Krieg von 1848 herangezogen. Dieser Prozess beschleunigte sich rapide mit dem Spanisch-Amerikanischen Krieg von 1898, der Übernahme der spanischen Kolonialbesitztümer durch die Vereinigten Staaten und dem Aufstieg der Vereinigten Staaten zur Weltmacht, die entschlossen war, sich durch militärische Aggression Märkte und Quellen für Rohstoffe und billige Arbeitskräfte zu sichern.

Während der Krise von 1902 bat die venezolanische Regierung unter Castro Washington um Vermittlung in dem Konflikt um die unbezahlten Schulden. Roosevelt willigte ein und forderte die britische und die deutsche Regierung zum Rückzug auf. Während sich die Briten versöhnlich zeigten, war Kaiser Wilhelm II., der den Aufstieg Deutschlands zur Militärgroßmacht mit der größten Armee der Welt und einer nur von Großbritannien überlegenen Flotte begleitet hatte, entschlossen, dem deutschen Kapitalismus seinen Platz an der Sonne zu sichern.

Roosevelt befürchtete, dass Deutschland die Krise in Venezuela ausnutzen könnte, um strategisch wichtige Marinestützpunkte zu erobern, die die Seewege in der Karibik und insbesondere den Zugang zu dem strategisch wichtigen Kanal kontrollierten, den er durch die Landenge Mittelamerikas bauen wollte, um den Atlantik und den Pazifik zu verbinden (Panama-Kanal). Er stellte Deutschland ein Ultimatum, die amerikanische Vermittlung zu akzeptieren und seine Kriegsschiffe zurückzuziehen.

Der amerikanische Präsident teilte dem deutschen Botschafter mit, dass Washington unter dem Kommando von Admiral George Dewey, der für seinen entscheidenden Sieg über die spanische Flotte in der Schlacht in der Bucht von Manila 1898 auf den Philippinen berühmt war, eine eigene Flotte vor Puerto Rico versammelte. Angesichts der Aussicht auf einen Krieg gegen die Vereinigten Staaten unter Bedingungen, unter denen es schwierig sein würde, seine Flotte zu versorgen oder zu verstärken, zog sich Deutschland zurück.

Der venezolanische Konflikt erwies sich als entscheidend für die Ausarbeitung der sogenannten Roosevelt-Doktrin, die eine Ergänzung zur Monroe-Doktrin darstellt und vom amerikanischen Präsidenten in seiner jährlichen Rede vor dem Kongress 1904 verkündet wurde. Dies war vor allem darauf zurückzuführen, dass die europäischen Mächte, die die Blockade durchgeführt hatten, nachdem sie ihren Fall vor den Ständigen Schiedshof in Den Haag gebracht hatten, bei der Begleichung der Forderungen eine Vorzugsbehandlung gegenüber den Vereinigten Staaten erhielten.

Roosevelts Rede war von imperialistischer Arroganz geprägt und suggerierte, dass lateinamerikanische Nationen, die sich „mit angemessener Effizienz und Anstand" verhielten, von den Vereinigten Staaten nichts zu befürchten hätten. Er fügte jedoch hinzu: „Chronische Missstände oder eine Unfähigkeit, die zu einer allgemeinen Lockerung der Bande der zivilisierten Gesellschaft führt, können in Amerika wie auch anderswo letztendlich das Eingreifen einer zivilisierten Nation erforderlich machen."

Roosevelt machte deutlich, dass sich der amerikanische Imperialismus das ausschließliche Recht anmaßte, in der westlichen Hemisphäre „internationale Polizeigewalt" auszuüben. Wenn lateinamerikanische Länder „korrigiert", ihre Häfen bombardiert, ihre Bürger massakriert und ihre Zollämter beschlagnahmt werden sollten, dann würden die Vereinigten Staaten dies tun, nicht ihre

europäischen Rivalen.

Die von Roosevelt verkündete erweiterte Folge der Monroe-Doktrin wurde schnell durch eine Welle von Interventionen, Invasionen und Besetzungen umgesetzt. Diese imperialistische Offensive wurde 1935 von Major General Smedley Butler vom Marine Corps prägnant zusammengefasst. Butler blickte auf seine 33-jährige Karriere bei den Marines zurück und erklärte:

Ich habe den größten Teil meines Lebens als hochrangiger Auftragskiller für die Geschäftswelt, die Wall Street und die Bankiers verbracht. Kurz gesagt, ich war ein Erpresser, ein Gangster im Dienste des Kapitalismus. 1914 habe ich dazu beigetragen, Mexiko und insbesondere Tampico für die amerikanischen Ölinteressen zu sichern. Ich habe dabei geholfen, Haiti und Kuba zu sicheren Orten zu machen, damit die Leute von der National City Bank dort ihre Einnahmen einziehen konnten. Ich war an der Ausbeutung eines halben Dutzends zentralamerikanischer Republiken zugunsten der Wall Street beteiligt. Von 1902 bis 1912 trug ich dazu bei, Nicaragua für die internationale Bank Brown Brothers zu sanieren. 1916 brachte ich der Dominikanischen Republik die Aufklärung zugunsten der amerikanischen Zuckerinteressen. Im Jahr 1903 habe ich dazu beigetragen, Honduras für amerikanische Obstunternehmen attraktiv zu machen. In China habe ich 1927 dafür gesorgt, dass Standard Oil seine Aktivitäten ungehindert fortsetzen konnte. Rückblickend hätte ich Al Capone vielleicht ein paar Ratschläge geben können. Er hat es nur geschafft, seine kriminellen Aktivitäten in drei Bezirken auszuüben. Ich hingegen war auf drei Kontinenten tätig.

Venezuela blieb davon jedoch nicht verschont. Washington trug 1908 dazu bei, das zu orchestrieren, was man heute als Regimewechsel bezeichnen würde, indem es den Vizepräsidenten und ehemaligen Mitstreiter Castros, Juan Vicente Gómez, in den Präsidentenpalast einsetzte, während Castro sich in Europa einer medizinischen Behandlung unterzog.

Gómez, der Washington sofort aufforderte, Kanonenboote zu entsenden, um die Lage zu „stabilisieren", regierte das Land bis zu seinem Tod 1935 als Diktator. Er lud auch Matos, den reichen Bankier, der die sogenannte „Befreiungsrevolution" mit ausländischem Kapital angeführt hatte, ein, nach Venezuela zurückzukehren, um sich um die außenpolitischen Beziehungen zu kümmern.

Die Diktatur von Gómez war bekannt für ihre brutale Unterdrückung, insbesondere für die Schließung der venezolanischen Universitäten für ein Jahrzehnt als Vergeltungsmaßnahme für Studentenproteste. Um jegliche politische Opposition zu unterdrücken, setzte er systematisch Morde, Verschleppungen und Foltermethoden ein, die er von der spanischen Inquisition übernommen hatte.

Politische Gegner wurden ohne Gerichtsverfahren inhaftiert und starben in vielen Fällen einen langsamen Hungertod im berüchtigten Gefängnis La Rotunda in Caracas. Tausende von ihnen kamen bei Zwangsarbeit in Straflagern ums Leben, insbesondere beim Bau von Straßen und Eisenbahnstrecken. Zehntausende weitere gingen ins Exil.

Gómez, der den Spitznamen „der Wels" trug, erlangte international einen traurigen Ruf. Das Magazin Time verglich seine Unterdrückung mit der von Hitler, Mussolini und Stalin: „Die Geheimpolizei Deutschlands, Russlands und Italiens sind bemerkenswerte Organisationen. Im Vergleich zu denen des Diktators Gómez verblassen sie jedoch."

In seinem 1941 erschienenen Werk „Im Herzen Lateinamerikas" zeichnete der amerikanische Schriftsteller und Journalist John Gunther ein erschreckendes Bild des venezolanischen Diktators: „Der Wels war – das sollte man nicht herunterspielen – ein mörderischer Schurke. Er wandte Foltermethoden von unvorstellbarer Brutalität an; Tausende von politischen Gefangenen litten Qualen mit Eisenketten an den Beinen (grifos), die sie für den Rest ihres Lebens zu Krüppeln machten, oder wurden kopfüber – an den Hoden – aufgehängt, bis sie starben. Andere wurden buchstäblich zu menschlichem Schlamm. Gómez war durchaus in der Lage, einen von zehn zufällig auszuwählen und ihn aufzuhängen – mit Fleischhaken, die ihm in den Hals gestochen wurden! (Hervorhebung im Originaltext.)

Gómez' brutale Unterdrückung, sein virulenter Antikommunismus und sein Hass auf Gewerkschaften fanden in Washington und bei den amerikanischen Ölgesellschaften, die nach der Bohrung des ersten Ölbrunnens 1912 im Maracaibo-Becken zur dominierenden Kraft in Venezuela wurden, großen Anklang. In etwas mehr als einem Jahrzehnt wurde Venezuela zum weltweit größten Ölexporteur und zum zweitgrößten Ölproduzenten nach den Vereinigten Staaten.

Gómez eignete sich die einseitige Befugnis an, Konzessionen an ausländische Unternehmen, insbesondere an die Rockefeller-eigene Standard Oil, zu vergeben und ihnen damit die Kontrolle über weite Teile des Landes zu übertragen. Er wurde schnell zum reichsten Mann Venezuelas, während er den Löwenanteil des Reichtums des Landes der Wall Street und den Plünderungen der Ölkonzerne überließ. Einen Teil seiner Bestechungsgelder verwendete er, um sich die Loyalität seiner Anhänger und der Armee zu sichern.

Venezuela und die Vereinigten Staaten während des Kalten Krieges

Nach der Verstaatlichung der mexikanischen Ölindustrie durch Präsident Lázaro Cárdenas im Jahr 1938 gewann Venezuela für den US-Imperialismus und seine lukrativen Interessen noch mehr an strategischer Bedeutung. Venezuela, dessen Ölreserven von amerikanischen und anglo-niederländischen multinationalen Konzernen monopolisiert wurden, wurde für die Versorgung der amerikanischen Armee während des Zweiten Weltkriegs und für die Unterstützung des Nachkriegsbooms und des Wachstums des militärisch-industriellen Komplexes während des Kalten Krieges von entscheidender Bedeutung.

Nach dem Tod von „Catfish“ Gómez folgte eine ganze Reihe von Generälen auf den Präsidenten. Sie lockerten nach und nach den Griff der Diktatur, legalisierten schließlich die Kommunistische Partei und die Gewerkschaften und verabschiedeten 1943 das erste Ölreformgesetz des Landes. Der Versuch, ohne Volkswahl einen weiteren Präsidenten zu installieren, löste jedoch 1945 die „Oktoberrevolution” aus, angeführt von der Acción Democrática (AD) – der sozialdemokratisch orientierten Partei von Rómulo Betancourt – und einer Gruppe junger Offiziere, die sich in der Patriotischen Militärunion organisiert hatten und deren prominentestes Mitglied Marcos Pérez Jiménez war.

Die neue Regierung unter Betancourt leitete eine Reihe von Reformen ein, lehnte jedoch Forderungen nach einer Verstaatlichung der ausländischen Ölvorkommen ab. 1947 fanden in Venezuela die ersten allgemeinen Wahlen unter Beteiligung aller Wahlberechtigten statt, aus denen der Kandidat der AD, der venezolanische Schriftsteller Rómulo Gallegos, als klarer Sieger hervorging. Zu seinen bemerkenswertesten Maßnahmen gehörte die Erhöhung der Gewinnsteuer für ausländische Ölgesellschaften von 43 Prozent auf 50 Prozent (ein sogenanntes

„Fifty-Fifty"-System, das später von anderen großen Ölförderländern, darunter Saudi-Arabien, übernommen wurde). Diese Maßnahmen missfielen den Ölgesellschaften, und Gallegos wurde nur neun Monate nach seinem Amtsantritt vom Militär gestürzt.

Venezuela stand vor einem weiteren Jahrzehnt brutaler Diktatur unter der Führung von Oberst Marcos Pérez Jiménez. Die verhasste Nationale Sicherheitsdirektion der Militärdiktatur führte eine Schreckensherrschaft ein, die von Morden, Verschleppungen, Folter und der Inhaftierung Tausender politischer Gefangener in Konzentrationslagern und Gefängnissen geprägt war. Das Regime unterhielt ausgezeichnete Beziehungen zu den Ölgesellschaften und ausländischen Kapitalgebern, die es dazu anregte, das Land und seine Ressourcen auszubeuten. Für seine Verdienste um die Unterdrückung der Massen und die Ermöglichung von Profiten verlieh der US-Präsident Dwight Eisenhower Pérez Jiménez die Legion of Merit.

Pérez Jiménez wurde Opfer eines weiteren „zivil-militärischen" Staatsstreichs, der am 1. Januar 1958 begann. Er floh mit Hunderten Millionen Dollar aus der Staatskasse aus dem Land, fand zunächst Zuflucht in Miami Beach und genoss dann den Schutz der Franco-Diktatur in Spanien.

Bei einem Besuch in Venezuela am Ende einer Lateinamerikareise, kaum fünf Monate nach dem Sturz von Pérez Jiménez, wurde der amerikanische Vizepräsident Richard Nixon zum Ziel intensiver Wut der Bevölkerung gegen den amerikanischen Imperialismus, dem vorgeworfen wurde, die Diktatur zu unterstützen und das Land seit Jahrzehnten auszubeuten. Sobald er aus dem Flugzeug stieg, wurde Nixon mit Müll beworfen und angespuckt.

Er entging nur knapp der Gewalt, als sein Autokorso erneut von einer Menschenmenge angegriffen wurde, die sein Auto umzingelte und mit Steinen, Eisenstangen und Stöcken die Scheiben zerschlug. Der US-Vizepräsident schaffte es gerade noch, einen seiner Secret-Service-Agenten zu bändigen, der seine Waffe gezogen hatte und rief: „Machen wir diese Mistkerle fertig!"

Als die Nachricht von Nixons Empfang Washington erreichte, befahl Eisenhower den Einsatz von Marines und Fallschirmjägern auf dem US-Marinestützpunkt Guantanamo in Kuba und schickte Kampfflugzeuge nach Curaçao, um den Vizepräsidenten zu retten. Die schließlich abgesagte „Operation Poor Richard",

wie sie genannt wurde, war eine Schmach für Nixon und löste in Lateinamerika Empörung aus.

In den folgenden Jahren wurde die Regierung Acción Democrática von Betancourt zu einem Vorbild für Washington: ein antikommunistisches, aber ziviles Regime, das sich für den Schutz des Privateigentums und der Interessen des ausländischen Kapitals einsetzte und gleichzeitig linke politische Bewegungen unterdrückte. Betancourt schloss sich Kennedys „Allianz für den Fortschritt“ an und erklärte, es sei notwendig, „den Armen zu helfen, um die Reichen zu retten“. Während seiner häufigen Aufenthalte in Washington pflegte Betancourt Beziehungen zur Gewerkschaftsbürokratie der AFL-CIO, die ihm half, einen antikommunistischen Gewerkschaftsapparat aufzubauen, der der Regierung und den Ölgesellschaften treu ergeben war.

Venezuela wurde als „Modelldemokratie“ präsentiert, zu einer Zeit, als von der CIA unterstützte Militärputsche in weiten Teilen Südamerikas brutale Diktaturen etablierten. Die Monroe-Doktrin wurde erneut überarbeitet, diesmal mit dem Kennan-Zusatz, benannt nach dem amerikanischen Diplomaten George F. Kennan, dem Architekten der Eindämmungspolitik gegenüber der Sowjetunion. Auf Lateinamerika angewendet, wurde diese Politik zur Politik der „nationalen Sicherheit”, bei der jede revolutionäre Bedrohung von unten als Ausdruck des sowjetischen Expansionismus angesehen und gnadenlos unterdrückt werden musste.

In Wirklichkeit war die venezolanische „Demokratie” nicht weniger gnadenlos als die von Washington anderswo auf der Hemisphäre installierten Folterregime. Die Regierung und ihre verhasste Geheimpolizei DISIP gingen brutal gegen aufkeimende Guerillabewegungen sowie linke Aktivisten und Gewerkschafter vor. Nach Schätzungen der Regierung selbst wurden fast 900 venezolanische Zivilisten von den Unterdrückungskräften dieser angeblich „demokratischen” Regime ermordet oder sind verschwunden.

Unter der Präsidentschaft von Carlos Andrés Pérez, einem engen Verbündeten von Betancourt und Mitbegründer der AD, verstaatlichte die venezolanische Regierung 1976, mitten in der Energiekrise, die mit einem Preisanstieg einherging, die Ölindustrie. Entgegen Trumps Behauptungen, Venezuela habe den Vereinigten Staaten Öl und Land „gestohlen”, erhielten die Ölgesellschaften eine Entschädigung in Höhe von etwa einer Milliarde Dollar. Außerdem gehörten

weder das Öl noch das Land jemals den Vereinigten Staaten. Standard Oil und andere Unternehmen plünderten diese Ressourcen dank großzügiger Konzessionen, die ihnen von den aufeinanderfolgenden venezolanischen Regimes gewährt wurden.

„Der Scheiß des Teufels"

Diese Verstaatlichung hat die sozialen Verhältnisse in Venezuela nicht verändert. Das Land blieb vollständig von einem einzigen Rohstoff abhängig, dem Öl, das es größtenteils an die Vereinigten Staaten verkaufte, wodurch es den Schwankungen des Marktes ausgeliefert war. Die gleichen Strukturen blieben bestehen, und sogar die venezolanischen Führungskräfte, die bei den ausländischen Unternehmen beschäftigt waren, blieben dieselben. Die ausländischen Ölgesellschaften setzten ihre Aktivitäten fort und erzielten unter neuen Namen als Tochtergesellschaften der staatlichen Ölgesellschaft PDVSA Gewinne. Die Versuche, die Wirtschaft durch Importsubstitution zu diversifizieren, scheiterten, sodass Venezuela weiterhin zu 80 Prozent von Importen für seine Lebensmittel sowie für den Großteil seiner Industriegüter abhängig blieb.

Juan Pablo Pérez Alfonzo, eine führende venezolanische Politikerpersönlichkeit und Energieminister unter Betancourt, hatte mit bemerkenswerter Weitsicht vorausgesagt: „In zehn, in zwanzig Jahren werden Sie sehen: Das Öl wird unseren Ruin bedeuten, das Öl ist der Kot des Teufels." Das Land litt unter einem typischen Fall des „holländischen Syndroms", bei dem die Dominanz eines einzigen Exportsektors (Erdöl) in der Wirtschaft zu einer begrenzten Entwicklung anderer Sektoren wie Industrie und Landwirtschaft führt, wodurch das Land im Falle eines Verfalls der Exportpreise anfällig für schwere Krisen wird.

Die wechselnden Präsidentschaften der AD und ihres Verbündeten COPEI (Christlich-Demokratische Partei) waren geprägt von einer Verschärfung der sozialen Ungleichheiten und einer endemischen Korruption, während die Verschuldung des Landes stetig wuchs. Nach seiner Rückkehr an die Macht für eine zweite Amtszeit reagierte Carlos Andrés Pérez auf den drastischen Rückgang der Ölpreise, indem er die Ölfelder des Landes stärker für die Ausbeutung durch ausländische Unternehmen öffnete und eine vom Internationalen Währungsfonds diktierte drastische „Schocktherapie" durchführte, die eine 100-prozentige Erhöhung der Kraftstoffpreise beinhaltete.

Angesichts der Verschlechterung ihrer Lebensbedingungen reagierten die verarmten Massen Venezuelas mit einem Volksaufstand, der als Caracazo (27. Februar 1989) bekannt wurde. Die Regierung reagierte mit der Verhängung des Kriegsrechts und blutigen Repressionen, wobei sie automatische Waffen gegen unbewaffnete Menschenmengen einsetzte und Menschen aus ihren Häusern in den Armenvierteln entführte, um sie summarisch hinzurichten. Diese Ereignisse markierten den Zusammenbruch des liberalen antikommunistischen Konsenses, der nach dem Sturz von Pérez Jiménez geherrscht hatte.

Es folgten anhaltende Unruhen, die durch einen gescheiterten Putschversuch im Jahr 1992 unter der Führung eines jungen Offiziers namens Hugo Chávez gekennzeichnet waren.

Sechs Jahre später wurde Chávez nach einer Wahl, bei der die AD und die COPEI, zwei Parteien, die wegen ihrer Korruption und ihrer Verteidigung kapitalistischer Interessen zum Nachteil des Volkes weitgehend verhasst waren, eine Wahlniederlage erlitten, zum Präsidenten gewählt.

Die Regierung Chávez leitete die sogenannte „rosa Welle" in Lateinamerika ein und nutzte den Anstieg der Ölpreise, um Sozialprogramme zur Verbesserung der Bildung und Gesundheitsversorgung bei gleichzeitiger Verringerung der Armut zu finanzieren. Auf diese relativ bescheidenen Reformen folgte eine Stärkung der wirtschaftlichen und politischen Beziehungen zu Kuba, was neben der Verurteilung der US-Invasion in Afghanistan zu wachsender Feindseligkeit seitens Washington führte.

Diese Spannungen gipfelten im April 2002 in einem von den USA unterstützten Staatsstreich, bei dem Chávez kurzzeitig abgesetzt und inhaftiert wurde, bevor Massenproteste seine Wiedereinsetzung erzwangen. Zu den Militäroffizieren, Wirtschaftsvertretern und Bürokraten mit Verbindungen zur AFL-CIO, die den Putsch unterstützten, gehörte Maria Corina Machado, die von den USA unterstützte rechtsextreme Agitatorin, die kürzlich den Friedensnobelpreis erhielt.

Im Jahr 2007 leitete die Chávez-Regierung eine neue Welle von Verstaatlichungen ein und kehrte damit die zunehmende Privatisierung und die Verlagerung von Betrieben an US-Unternehmen um, die im Laufe des vorangegangenen Jahrzehnts zu beobachten waren. Diese Maßnahme wurde erst ergriffen, nachdem

ExxonMobil und ConocoPhillips sich geweigert hatten, dem Staat im Rahmen neuer Konzessionsvereinbarungen eine Mehrheitsbeteiligung zu gewähren.

Nach dem Tod von Chávez, dessen Nachfolger Nicolás Maduro 2013 wurde, führte der Verfall der Ölpreise, der durch die Verhängung von Wirtschaftssanktionen durch die demokratische Regierung von Barack Obama noch verschärft und seitdem weiter verstärkt wurde, zu einem dramatischen Rückgang der venezolanischen Wirtschaft, einer massiven Abwanderung und einem drastischen Rückgang des Lebensstandards.

Die US-Interventionen wurden intensiviert, insbesondere durch Putschversuche, Attentate und sogar die Landung von Söldnern an der venezolanischen Küste. Die Trump-Regierung versuchte, ihren eigenen Präsidenten durchzusetzen, den rechten Abgeordneten Juan Guaidó, der nicht gewählt und weitgehend unbekannt war und dessen „Übergangsregierung“ keine Unterstützung in der Bevölkerung hatte und nur in der Lage war, Millionen von Dollar an US-Hilfsgeldern zu veruntreuen.

„Die Geschichte wiederholt sich nicht, aber sie reimt sich oft.” Der Einsatz ausländischer Flotten vor der venezolanischen Küste, der 123 Jahre nach der Verkündung der Monroe-Doktrin zu zwei weiteren Erklärungen führte, scheint dieses Sprichwort zu bestätigen, das dem berühmten Schriftsteller, Humoristen und Antiimperialisten Mark Twain zugeschrieben wird.

Theodore Roosevelt nutzte die Krise von 1902, um die Monroe-Doktrin zu ändern und sie den gierigen Interessen des amerikanischen Imperialismus anzupassen, der damals als Weltmacht auf dem Vormarsch war. Trumps „Folge“ spiegelt zwar die Roosevelt-Doktrin wider, ist jedoch Ausdruck der zunehmend unlösbaren Krise und des Verlusts der weltweiten Vorherrschaft, unter denen diese Macht leidet und die sie immer verzweifelter durch Militarismus und Aggression zu überwinden versucht.

China hat die USA bereits als wichtigsten Handelspartner Südamerikas überholt und dürfte sie bis 2035 in ganz Lateinamerika und der Karibik übertreffen. Es tätigt massive Investitionen in die Infrastruktur, vom neuen Tiefwasserhafen Chancay in Peru bis zum Ausbau der 5G-Netze – Investitionen, mit denen die USA nicht mithalten können. Gleichzeitig versucht auch die Europäische Union, sich Zugang zu den strategischen Rohstoffressourcen der Region zu sichern.

Vor diesem Hintergrund heißt es in dem am 4. Dezember vom Weißen Haus veröffentlichten Dokument zur nationalen Sicherheitsstrategie:

Nach Jahren der Vernachlässigung werden die Vereinigten Staaten die Monroe-Doktrin bekräftigen und umsetzen, um ihre Vorherrschaft in der westlichen Hemisphäre wiederherzustellen und ihr Territorium sowie ihren Zugang zu strategischen Gebieten in der Region zu schützen. Sie werden ihre Konkurrenten außerhalb der Hemisphäre daran hindern, Streitkräfte oder andere Bedrohungskapazitäten zu stationieren oder strategisch wichtige Vermögenswerte in unserer Hemisphäre zu besitzen oder zu kontrollieren. Diese logische Folge der Monroe-Doktrin der Trump-Regierung stellt eine sinnvolle und wirksame Wiederherstellung der Macht und der Prioritäten der USA im Einklang mit ihren Sicherheitsinteressen dar.

Der Weg, den diese neue Interpretation der Monroe-Doktrin vorzeichnet, scheint auf den ersten Blick eher Wahnsinn als „gesunder Menschenverstand" zu sein. Er stellt mehr als jemals zuvor in der Geschichte den sicheren Weg in den Krieg dar. Die von der Trump-Regierung formulierten Ziele können nicht ohne militärische Eroberungen und ohne direkte militärische Konfrontation mit den Atommächten China und Russland erreicht werden.

Gleichzeitig wird die Kampagne zur Auferlegung neokolonialer Fesseln für Lateinamerika unweigerlich zu einer gigantischen Explosion von Volkskämpfen in der gesamten westlichen Hemisphäre führen.

Trump hat eine neue historische Phase der Kriege und Revolutionen in Lateinamerika eingeleitet.

Leo Ganiev ist Professeur bei ULB
Hat Philosophie hier studiert: ULB – University of Brussels/Belgium
Der Artikel wurde auf facebook veröffentlicht.